



SERVICESTELLE ● ● ●
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

EHRENAMTLICHE BOTSCHAFTERINNEN UND BOTSCHAFTER

FÜR KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Telefon +49 228 20717-2670

info@service-eine-welt.de

www.service-eine-welt.de

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Redaktion: Susanne Reiff

Titelfoto: © Jo Hempel

Gestaltung: designlevel 2, www.designlevel2.de

Druck: Bonifatius GmbH

Bonn, 2022

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Broschüre wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung der Geschlechter gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Sofern sich aus dem Kontext nicht explizit anderes ergibt, sind bei allen geschlechtsbezogenen Bezeichnungen selbstverständlich immer alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen.

**EHRENAMTLICHE BOTSCHAFTERINNEN
UND BOTSCHAFTER**
FÜR KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK

INHALT

4

Vorwort – Globale Verantwortung lokal wahrnehmen

Dr. Stefan Wilhelmy 6

Begeisterung säen, developmentpolitisches Engagement ernten

Interview mit Prof. Dr. Siegfried Balleis 8

Entwicklungspolitik kann jede Kommune

Interview mit Dr. Karsten Hoppenstedt 11

Kommunen haben auch globale Verantwortung

Peter Götz 14

Verantwortung beginnt beim Blumenkauf

Gisela Stang 17

Auch ein kleines Dorf kann große Hebelwirkungen haben

Werner Schweizer 20

1.000 Schulen für unsere Welt

Interview mit Stefan Rößle 23

Nachhaltigkeitsstrategien: aus Verantwortung gegenüber den Nachkommen

Franz Meyer 26

Es muss nicht immer etwas gebaut werden	
Frithjof Kühn	29
Verknüpfungen zu den SDGs herzustellen, wird schnell zum Automatismus	
Interview mit Dr. Angelika Kordfelder	32
Man wird reicher, indem man gibt	
Dr. Albrecht Schröter	35
Es gibt keine Blaupause für nachhaltige Entwicklung	
Hans-Jürgen Kütbach	40
Kommunale Freundschaft gelingt auch über 8.000 Kilometer hinweg	
Peter Ilk	41
Nachhaltige Energieerzeugung – immer an den Standort angepasst	
Dr. Norbert Kruschwitz	44
Jede Kommune benötigt eine Internationalisierungsstrategie	
Prof. Dr. Gerd Schwandner	46
Förderer und Kooperationspartner – die Beteiligungsstruktur der SKEW	49

Globale Verantwortung lokal wahrnehmen

von Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Dr. Stefan Wilhelmy
© Martin Magunia



Deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise müssen sich mehr und mehr den globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Migration und Ressourcenschutz stellen. Sie erleben immer häufiger extreme Trockenheit oder Überflutungen, integrieren viele Geflüchtete in ihre Gemeinschaften und sehen die Notwendigkeit einer lokalen Energiewende. Kommunen sind heute zudem Teil einer international vernetzten Welt, besonders auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Sie beschaffen viele ihrer Waren aus Ländern des Globalen Südens und müssen daher auch das Thema Lieferketten im Blick haben: Unter welchen Umständen wird die Dienstkleidung der Mitarbeitenden in den städtischen Grünbetrieben gefertigt? Arbeiten Kinder unter unwürdigen Bedingungen in den Steinschlägen, aus denen die neuen Pflastersteine für den Marktplatz stammen?

Für globale Herausforderungen gut aufgestellt sein

Kommunen tragen also in vielen Bereichen globale Verantwortung, und Kommunalvertreterinnen und -vertreter stellen sich immer öfter die Frage, wie sie ihre Kommunen am besten aufstellen, um diese Herausforderungen bestmöglich zu bewältigen. Zwei Strategien sind dabei aus meiner Sicht besonders wichtig: Partnerschaften und gute lokale Rahmenbedingungen.

Erstens: Viele deutsche Kommunen unterhalten Partnerschaften im Globalen Süden. Sie wollen globale Probleme kommunal angehen, aber mit internationalen Partnerinnen und Partnern – nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stärker“. Sie profitieren dabei von den Erfahrungen anderer Kommunen, die zum Beispiel hinsichtlich der Anpassung an den Klimawandel schon viel Know-how besitzen, etwa zum Hochwasserschutz. Aber sie geben auch ihr Wissen weiter und unterstützen ihre Partnerkommunen dabei, Energie effizienter zu nutzen oder Abfälle umweltschonend zu entsorgen.

Zweitens können Kommunen Rahmenbedingungen festlegen, die ihre Bürgerinnen und Bürger zu nachhaltigerem Handeln motivieren, und dabei

selbst als Vorbild dienen. Als Fairtrade-Town gehen sie mit gutem Beispiel voran und weisen der Stadtgesellschaft den Weg zu fairem Konsum. Auch für eine umweltfreundliche Energieversorgung können sie für die Einwohnerschaft Anreize schaffen und selbst zum Vorreiter für die Nutzung erneuerbarer Energien werden. Ähnliches gilt für das Thema Diversität: Wenn sich Verwaltungen öffnen und Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und -schichten beschäftigen, ermutigen sie andere – insbesondere die lokale Wirtschaft – ihrem Beispiel zu folgen.

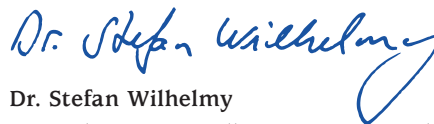
Botschafterinnen und Botschafter: Lernen von Gleichgesinnten

Viele deutsche Kommunen sind schon echte Global Player. Sie sind partnerschaftlich mit Städten und Gemeinden im Globalen Süden verbunden, haben sich einer fairen Beschaffung verschrieben oder engagieren sich für die strategische lokale Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit deren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung. Andere haben noch keine Erfahrung in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, sehen vielleicht noch nicht den Mehrwert eines solchen Engagements oder erkennen in ihren Kommunen keine geeigneten Anknüpfungspunkte.

Hier kommen die ehrenamtlichen Botschafterinnen und Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik ins Spiel. Sie ermutigen Kommunalvertreterinnen und -vertreter, sich lokal für die Lösung globaler Probleme stark zu machen, und geben aus ihrer Praxis konkrete Tipps. Wir wis-

sen aus Erfahrung: Von Gleichgesinnten lernt man immer noch am besten. Eine Stadt fragte etwa bei Dr. Albrecht Schröter, dem früheren Oberbürgermeister von Jena, nach Tipps, wie sich ein fester Haushaltstitel für die kommunale Entwicklungspolitik am besten im städtischen Budget verankern lässt. Und in der Rhein-Main-Region ist Gisela Stang, frühere Bürgermeisterin in Hofheim am Taunus, eine gefragte Ansprechpartnerin und Motorin, wenn es um Fairtrade geht. Der Landrat des Donau-Ries-Kreises hat schon viele Kommunen motiviert, sich für bessere Bildungschancen von Kindern im Globalen Süden zu engagieren. Diese Liste ließe sich lange fortsetzen.

Die folgenden Beiträge und Interviews zeigen eindrücklich, über welch großen Erfahrungsschatz, über wie viel Engagement, Leidenschaft und Wissen die ehrenamtlichen Botschafterinnen und Botschafter verfügen. Im Namen der SKEW danke ich ihnen, dass sie all dies mit anderen Kommunen teilen – damit wir alle gemeinsam die großen Herausforderungen unserer Zeit bestmöglich meistern.



Dr. Stefan Wilhelmy

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

BEGEISTERUNG SÄEN, ENTWICKLUNGSPOLITISCHES ENGAGEMENT ERNTEN

Interview mit Prof. Dr. Siegfried Balleis, von 1996 bis 2014 Oberbürgermeister der Stadt Erlangen

Prof. Dr. Siegfried Balleis
© privat



Im Jahr 2017 wurden Sie Beauftragter des BMZ für kommunale Entwicklungspolitik. Heute sind Sie einer der ehrenamtlichen Botschafterinnen und Botschaftern für dieses Thema. Wie kam es dazu?

Nachdem ich gefragt wurde, ob ich die Aufgabe eines Beauftragten übernehmen wolle, führte ich viele Gespräche mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Landrätinnen und Landräten, um sie zu ermutigen, sich in der kommunalen Entwicklungspolitik zu engagieren. Dabei merkte ich, dass ich zwar aufgrund meiner vielen Kontakte als ehemaliger Oberbürgermeister einiges bewegen konnte, meine Reichweite aber einge-

schränkt war. Und so entstand die Idee, eine Gruppe von ehrenamtlich Engagierten zu ernennen, die über das gesamte Bundesgebiet verteilt sind. Seit Anfang 2019 gibt es die Botschafterinnen und Botschafter, die übrigens aus allen politischen Lagern stammen.

Ihre ersten Berührungspunkte mit kommunaler Entwicklungspolitik liegen schon eine Weile zurück?

Ja, die Entwicklungspolitik hat sich schon früh in meiner DNA eingebrannt. Schon 1979 leitete ich den Arbeitskreis Entwicklungspolitik der Jungen Union. Als ich 1996 zum Oberbürgermeister von Erlangen gewählt wurde, begann ich direkt, das Thema „Internationales“ zu forcieren. Ich wollte nicht nur über Entwicklungspolitik reden, sondern etwas bewegen. Die Notwendigkeit von Entwicklungspolitik ist indes ungebrochen. Wir müssen heute mehr denn je dazu beitragen, dass die Menschen, die in den Ländern des Globalen Südens leben, bessere Zukunftsperspektiven haben.

Viele Kommunen sagen, dass sie sich aus finanziellen Gründen nicht entwicklungspolitisch engagieren können. Was entgegen Sie ihnen?

Ich höre immer wieder von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, dass sie ihr kommunales Budget nicht in Länder des Globalen Südens investieren dürften. Das stimmt aber nicht! Im Juni 2019 stellte die Innenministerkonferenz klar, dass ein entwicklungspolitisches Engagement von Kommunen nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht sei. Das war ein äußerst wichtiges Signal!

Lange galt die Entwicklungspolitik hauptsächlich als Aufgabe des Bundes. Seit einiger Zeit werden die Kommunen hier deutlich aktiver. Worin sehen sie Stärken der Kommunen für ein entwicklungspolitisches Engagement?

Nirgendwo gibt es mehr Fachkräfte für lebenspraktische Fragen wie Wasserversorgung oder Abfallmanagement. Wir sprechen allein in den Kommunalverwaltungen von etwa zwei Millionen Menschen mit einem großen Wissens- und Erfahrungsschatz. Nicht zu vergessen ist zudem das Know-how der städtischen Beteiligungsgesellschaften wie Stadtwerke in Bereichen wie Abwasserbeseitigung, öffentlicher Personennahverkehr und Stromversorgung. Ihr Potenzial sehe ich übrigens bislang kaum ausgeschöpft.

Viele dieser Mitarbeitenden sind bereit, ihr Know-how im Rahmen von Kurz- oder Langzeiteinsätzen mit Kommunen im Globalen Süden zu teilen.

Daher war ich sehr froh, dass das BMZ dies früh erkannte und 2013 begann, die Kommunen erstmals systematisch in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit einzubinden.

Wie beurteilen Sie die kommunale Entwicklungspolitik im Jahr 2021?

Ich denke, in den vergangenen Jahren wurde schon sehr viel erreicht. Allein in Bayern gibt es inzwischen 15 Koordinatorinnen und Koordinatoren für kommunale Entwicklungspolitik. Sie haben wiederum eine große Breitenwirkung in die Kommunen hinein.

Generell erleben wir großes Interesse und eine große Aufgeschlossenheit. Doch die Begeisterung und das Engagement der Verwaltungsleitungen ist nur ein erster Schritt, denn sie müssen das Thema anschließend in ihre Kommune tragen und dort ebensolche Begeisterung entfachen. Dafür braucht es neben einer großen Durchsetzungskraft auch Ressourcen.

Kommunen, die sich entwicklungspolitisch engagieren möchten, müssen dies weder allein tun noch müssen sie das Rad neu erfinden. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global steht ihnen dabei mit umfassender Beratung und Unterstützung zur Seite – auch finanziell und personell. Es gibt inzwischen schon so viele Beispiele beeindruckender kommunaler entwicklungspolitischer Aktivitäten. Sie können Kommunen als Inspiration dienen.

Seit März 2020 bestimmt die COVID-19-Pandemie das gesellschaftliche und politische Leben in Deutschland. Wie hat die Pandemie die Arbeit der Botschafterinnen und Botschafter verändert?

Seit März 2020 haben wir nur wenig bewegen können. Zum einen haben die Kommunen andere Probleme, die mit der Bekämpfung der Pandemie einhergehen. Zudem lebt unsere Überzeugungsarbeit vom persönlichen Gespräch, was uns in den vergangenen Monaten nicht möglich war. Die Veranstaltungen der Städte- und Gemeindetage, die ideale Orte für derartige Begegnungen sind, fielen aus.

Ich erkenne aber auch, dass die Pandemie das Bewusstsein vieler Menschen dafür schärft, dass es in der heutigen vernetzten Welt Herausforderungen gibt, die alle Menschen weltweit betreffen und die gemeinsame Lösungen benötigen. Dazu gehören auch der Klimawandel, der internationale Terrorismus und die Migration. COVID-19 zeigt uns so deutlich wie nichts zuvor, wie verletzlich auch wir sind, die in Industrieländern in vergleichsweise großem Wohlstand leben.

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Klein beginnen!

„Für Kommunen, die noch keine entwicklungspolitische Erfahrung haben, bietet es sich als Erstes an, in der eigenen Gemeinde oder Stadt oder im Landkreis zu schauen, wer vor Ort schon entwicklungspolitisch aktiv ist, und diese Menschen an einen Tisch zu bringen, um etwas über ihre Expertise und Kooperationsmöglichkeiten zu erfahren. Dazu gehören oft kirchliche Gruppen, Umweltverbände, Eine-Welt-Vereine sowie migrantische Akteurinnen und Akteure.“

Auch der Faire Handel und die Faire Beschaffung eignen sich insbesondere für kleinere Kommunen, sich dem Thema ‚Nachhaltige Entwicklung‘ zu nähern. Ein erster Schritt könnte etwa sein, bei Sitzungen im Rathaus nur noch fair gehandelten Kaffee auszuschenken.“

Prof. Dr. Siegfried Balleis

ENTWICKLUNGSPOLITIK KANN JEDE KOMMUNE

Interview mit Dr. Karsten Hoppenstedt, von 1974 bis 2005 Bürgermeister von Burgwedel und von 1981 bis 1989 Landrat des Landkreises Hannover

Dr. Karsten Hoppenstedt
© privat



Herr Dr. Hoppenstedt, Sie waren einer der Initiatoren der Idee, dass ehrenamtliche Botschafterinnen und Botschafter bei Kommunen für ein entwicklungspolitisches Engagement werben. Wie würden Sie die Botschafterinnen und Botschafter beschreiben?

Wir sind eine sehr gemischte Gruppe aus unterschiedlichen politischen Lagern und kommen aus der gesamten Bundesrepublik – von Klixbüll nahe der dänischen Grenze bis zum Tegernsee. Wir verfügen alle über langjährige Erfahrungen als Bürgermeisterinnen, Bürgermeister oder Landräte, kennen uns mit den Möglichkeiten und

Herausforderungen von Kommunen gut aus und wissen, wie gute Verwaltungsstrukturen aussehen müssen. Viele von uns sind bereits im Ruhestand und haben daher auch etwas mehr Zeit, um sich ehrenamtlich zu engagieren.

Wir sind natürlich alle gut vernetzt. So sprechen wir – wenn uns die COVID-19-Pandemie nicht davon abhält – Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen in unserer Region oder aus unseren Netzwerken an und versuchen sie zu überzeugen, sich entwicklungspolitisch zu engagieren. Es passiert auch häufig, dass Kommunen uns bei konkreten Problemen ansprechen und wir dann schnell und unkompliziert helfen können.

Unsere Anknüpfungspunkte zur kommunalen Entwicklungspolitik sind unterschiedlich. Manche engagierten sich als Bürgermeisterin oder Bürgermeister für den Fairen Handel und motivieren nun andere Kommunen, Fairtrade-Town zu werden. Andere werben für Partnerschaften mit Kommunen in Afrika oder Lateinamerika und unterstützen Kommunen dabei, solche Partnerschaften aufzubauen.

Wo verorten Sie dabei Ihre eigenen Anknüpfungspunkte zur Entwicklungspolitik?

Eine abenteuerliche Reise von Hannover nach Namibia im Jahr 1985 mit zwei Fahrzeugen auf einer Strecke von 16.800 Kilometern führte mich durch viele afrikanische Staaten, unter anderem durch den Niger, Tschad, Kamerun, die Zentralafrikanische Republik, die heutige Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Burundi, Sambia und Simbabwe. Die gesammelten tiefgreifenden Eindrücke auf dieser Tour und später bei weiteren Reisen in das südliche Afrika mussten zwangsläufig zu der Frage führen: Welchen Beitrag können wir leisten, um solchen Ländern bei der Entwicklung kommunaler Strukturen helfend zur Seite zu stehen?

Warum ist es aus Ihrer Sicht so wichtig, in Ländern des Globalen Südens kommunale Strukturen zu stärken?

Wir müssen aktuell davon ausgehen, dass 2050 etwa 75 bis 80 Prozent der Bevölkerung in Städten leben werden. Während die Städte mit diesem großen Zuwachs überfordert sein werden, bleiben die dadurch ausgedünnten ländlichen Regionen auf der Strecke. Es ist deshalb sehr wichtig, die Strukturen kleinerer Orte zu unterstützen. Wenn es etwa gelingt, dort berufliche Perspektiven und damit für die Menschen ein Auskommen zu schaffen, werden sie weniger Gründe haben, vom Land in die Großstädte zu ziehen. Die Politik sollte vor der Haustür anfangen.

Von dieser Erkenntnis bis zum konkreten Engagement einer deutschen Kommune beispielsweise in Asien ist es aber ein weiter Weg. Welche konkreten Ansätze können die Kommunen nutzen, um sich auf einen solchen Weg zu machen?

In vielen Orten gibt es schon Verbindungen in Länder des Globalen Südens, sei es durch kirchliche oder private Kontakte. Ich kenne beispielsweise einen Arzt aus einem Land in Afrika südlich der Sahara, der lange Zeit in Deutschland arbeitete und dann in seine Heimat zurückkehrte. Er initiierte dort den Bau einer Klinik gemeinsam mit einem deutschen Kollegen. Der Bau einer Schwesternschule ist begonnen, sodass in Kürze dort jährlich 200 Schwesternschülerinnen ausgebildet werden. Der rege Austausch mit deutschen Fachkräften ist ein Erfolgsrezept. Für eine noch festere langfristige Beziehung wird eine Städtepartnerschaft vorbereitet.

Der allererste Schritt ist aber, dass die Menschen Themen der nachhaltigen Entwicklung in ihr Denken hineinlassen. Für eine solche Sensibilisierung ist unter anderem der Faire Handel gut geeignet, durch den die Bürgerinnen und Bürger offener für eine Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des Globalen Südens werden.

Dabei hilft natürlich auch, dass das BMZ die Präsenz der Entwicklungspolitik in der Öffentlichkeit stark erhöht hat. Für mich ist es übrigens ein sehr starkes Signal, dass das große Unterstützungsprojekt für den afrikanischen Kontinent ein

Marshallplan „mit“ Afrika ist – und kein Marshallplan „für“ Afrika. Auch die Einführung des Status „Reformpartnerland“ hat sicherlich positive Auswirkungen, denn so können Länder, die besonders reformorientiert sind, verstärkt unterstützt werden.

Und wenn das Interesse geweckt ist und ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge existiert? Wie kann es dann weitergehen?

Deutsche Kommunen oder kommunale Unternehmen können zum Beispiel ohne viel Aufwand Hospitationen für Fachleute aus dem Globalen Süden anbieten. Diese können dann für ein halbes oder ganzes Jahr die dezentralen Strukturen oder das Umweltmanagement in Deutschland kennenlernen und auf dieser Basis konkrete Reformen in ihrer Heimatkommune planen. Dabei sollte es natürlich nicht darum gehen, deutsche Strukturen unangepasst zu übernehmen, sondern beispielsweise um die Betreibung von Brunnen mithilfe von Solarenergie. Nach der Hospitation steht ihnen bei der Umsetzung der Pläne dann die deutsche Kommune weiter mit Rat und Tat zur Seite.

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Ja, wir wollen!

„Ich möchte Kommunen ermutigen, sich entwicklungspolitisch zu engagieren. Finanzielle Engpässe sind dafür kein Hinderungsgrund, weil es viele Unterstützungsangebote unter anderem von der SKEW gib. Auch Sprachbarrieren lassen sich leicht überwinden. Die Kommunen werden stolz darauf sein, als kleines Rädchen an der Lösung globaler Herausforderungen teilzuhaben.“

Dr. Karsten Hoppenstedt

KOMMUNEN HABEN AUCH GLOBALE VERANTWORTUNG

14

von Peter Götz, von 1997 bis 2013 Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands, von 1998 bis 2013 kommunalpolitischer Sprecher und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von 2008 bis 2014 Weltpräsident der Global Parliamentarians on Habitat



Peter Götz
© privat

Die Arbeitsweisen deutscher Kommunen dienen vielen Städten und Gemeinden im Globalen Süden als Vorbild

Kommunale Entwicklungspolitik ist für deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise eine wichtige Aufgabe, die zunehmend an Bedeutung gewinnt. Kommunen können und sollten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einsetzen, dass sich die Lebensbedingungen in den Ländern Afrikas verbessern. In den nächsten 30 Jahren wird sich dort

die Bevölkerung verdoppeln. Vor allem junge Afrikanerinnen und Afrikaner benötigen Bildung und Perspektiven für Beschäftigung auf dem heimatischen Arbeitsmarkt. Bilder von einem besseren Leben in Europa, die sie häufig über das Internet und soziale Medien sehen, wecken Sehnsüchte. Viele machen sich auf einen gefährlichen Weg nach Europa. Sie wollen bevorzugt nach Deutschland. Nur wenn sich ihre Perspektiven in der Heimat verbessern, werden sie den gefährlichen Weg nicht mehr auf sich nehmen.

Die Klimaveränderung wird zunehmend sichtbar. Besonders Mega-Cities sind immer häufiger extremer Hitze, Wasserknappheit und Luftverschmutzung ausgesetzt. Millionen Menschen werden durch Naturkatastrophen und vom Anstieg des Meeresspiegels zur Flucht gezwungen. Kommunen müssen ihre Bevölkerung vor Überflutungen schützen. Projekte wie kommunale Klimapartnerschaften können helfen, Fluchtursachen zu bekämpfen.

Auch Abwasserentsorgung, Müllbeseitigung, Mobilität und die Gesundheitsversorgung stellen Kommunalverwaltungen vor immense Herausforderungen. Die meisten Länder in Afrika sind zentralstaatlich organisiert. Die Städte selbst sind nur eingeschränkt handlungsfähig. Selten gibt es eine kommunale Selbstverwaltung, geschweige denn eine kommunale Finanzautonomie. Oft kommt der Staat seiner Verpflichtung, Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung in den Kommunen zu schaffen, nur bedingt nach.

Deutsche Kommunen als Ratgeberinnen gefragt

Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus der ganzen Welt interessieren sich für Strukturen, wie wir sie in Deutschland haben. Städte und Regierungen, vor allem in Subsahara-Afrika und im Maghreb, zeigen großes Interesse am deutschen dezentral aufgebauten Staatssystem und an der kommunalen Selbstverwaltung. Sie teilen inzwischen die Erkenntnis, dass sich viele Herausforderungen ohne die Gestaltungskraft der Kommunen nicht bewältigen lassen und dass eine nachhaltige Entwicklung immer lokal vor Ort stattfinden muss. Nur auf der nationalen Regierungsebene zu handeln, greift zu kurz – Kommunen sollten selbst Verantwortung übernehmen dürfen!

Deutsche Kommunen genießen weltweit einen sehr guten Ruf. Eine bürgernahe Verwaltung, die Beteiligung der Zivilgesellschaft, aber auch Abfallwirtschaft, Stadtplanung oder lokaler Klimaschutz

werden als mustergültig gesehen. Hier können sich deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise hervorragend entwicklungspolitisch engagieren. Sie können ihre Erfahrungen und ihr Know-how teilen. Kommunen sind unverzichtbare Partnerinnen in der Entwicklungszusammenarbeit. Deshalb ist es gut, dass das BMZ entwicklungspolitisch motivierte Städte und Gemeinden unterstützt und Anreize für noch mehr Engagement schafft.

Bereits heute sind viele Städte, Gemeinden und Kreise auf diesem Gebiet sehr aktiv. Sie nutzen als erste Anknüpfungspunkte dafür bestehende Städtepartnerschaften, Kontakte von Kirchengemeinden oder Schulen, private Beziehungen oder Projekte der SKEW.

Ich möchte zwei Beispiele aus meinen Aktivitäten ansprechen:

1. Über private Kontakte in die tunesische Stadt Zarzis werden die Möglichkeiten für ein Projekt zur Verbesserung der dortigen Abfallwirtschaft in Zusammenarbeit mit einem Landkreis ausgelotet. Der Landkreis will sich engagieren und bietet das Know-how seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Aufgrund der COVID-19-Pandemie mussten die begonnenen Aktivitäten allerdings zurückgestellt werden.
2. Eine Klimapartnerschaft, die die Stadt Rastatt mit Saint Louis in Senegal seit 2014 verbindet, baut auf der seit 2008 bestehenden Kooperation der Rastatter Naturfreunde mit den Naturfreunden aus St. Louis auf. Mir liegt sehr

daran, dass die Aktivitäten zwischen meiner Heimatstadt Rastatt und St. Louis, die vorübergehend geruht haben, weiterentwickelt werden. Die großen Mangrovenwälder in St. Louis sind bedroht. Sie aufzuforsten ist für die Verbesserung des Klimas und die Reduzierung der Erderwärmung von großer internationaler Bedeutung. Die Aufforstung sichert außerdem die Existenzgrundlage für die dortige Bevölkerung. In einem virtuellen Workshop, an dem ich teilnehme, werden mit Unterstützung der SKEW von den Städten Rastatt und Saint Louis gemeinsam ein Handlungsprogramm für die kommunale Klimapartnerschaft erarbeitet und die nächsten Schritte besprochen.

Alles hängt mit allem zusammen

Meine Aufgabe als ehrenamtlicher Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik sehe ich unter anderem darin, deutschen Kommunalpolitikerinnen und -politikern bewusst zu machen, dass alles mit allem zusammenhängt; dass das, was in Kommunen im Globalen Süden passiert, Auswirkungen auf das Leben der Menschen in deutschen Kommunen hat. Das beginnt mit der in der Zuständigkeit von Kommunen liegenden Unterbringung von Geflüchteten bis hin zu Fragen der Integration. Insofern sollte es auch im eigenen Interesse liegen, die globale Verantwortung zu sehen und kommunale Entwicklungspolitik zu unterstützen.

Ein guter Einstieg in global verantwortungsvolles Handeln wäre, bei der öffentlichen Beschaffung auf fair gehandelte Produkte zu setzen. Deutsche Kommunen können so einen Beitrag für faire Arbeitsbedingungen in vielen Ländern der Welt leisten.

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Bewusstsein schaffen

„Entwicklungspolitisch interessierte Kommunen können durch öffentliche Veranstaltungen und Kongresse vor Ort ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge und globale Verantwortung schaffen. Dies gilt für kommunale Entscheidungstragende in den Räten, aber auch für Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie für Bürgerinnen und Bürger. In einem zweiten Schritt sollte es jedoch darum gehen, zu prüfen, wie sich diese Verantwortung in konkretes Handeln umsetzen lässt. Je breiter die Basis für entwicklungspolitisches Engagement ist, desto besser. Ein bloßer Gemeinderatsbeschluss reicht nicht aus. Wenn aber alle beteiligten Akteurinnen und Akteure die kommunale Entwicklungspolitik mit Leben füllen, jede und jeder an seinem Platz, wird sie erfolgreich sein.“

Peter Götz

VERANTWORTUNG BEGINNT BEIM BLUMENKAUF

von Gisela Stang, von 2001 bis 2019 Bürgermeisterin der Stadt Hofheim am Taunus



Gisela Stang
© Götz Schleser

In der französischen Partnerstadt Chinon lernte ich, dass Frankreich über eine viel längere Tradition kommunaler Entwicklungspolitik verfügt als Deutschland. Wir bewegten uns mit unserer Städtepartnerschaft damals noch primär im Rahmen der deutsch-französischen Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Als junge Bürgermeisterin fragte ich mich jedoch: „Was kann unsere Nachkriegsgeneration im Rahmen dieser Partnerschaft bewegen?“

Fairtrade eignet sich gut als Einstieg für eine umfassendere Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs)

Als Bürgermeisterin von Hofheim am Taunus besuchte ich häufig dessen Partnerstädte in Frankreich, England, Italien und Polen und stellte dort ebenso wie bei vielen privaten Reisen nach Burkina Faso, Ruanda, Südafrika oder auch Tansania fest: Weltweit haben Städte und Gemeinden ein ähnliches kommunales Grundverständnis und damit eine fantastische Basis für eine fruchtbare Zusammenarbeit.

Von Frankreich nach Burkina Faso

Freundinnen und Freunde aus Chinon nahmen uns 2010 mit in ihre Partnerstadt Tenkodogo in Burkina Faso und dann war schnell klar, was wir gemeinsam bewegen können: die Menschen in Tenkodogo unterstützen!

Wir überlegten kurz, ob wir gemeinsam mit Chinon aktiv werden würden, entschieden uns aber bald dafür, nicht im Rahmen einer trilateralen Partnerschaft, sondern bilateral mit Tenkodogo zu arbeiten. Im Jahr 2010 gründete sich der Freundeskreis Hofheim – Tenkodogo e.V. Das passte gut zu unserer städtischen Strategie. Kom-

munen sind für mich „Ermöglicher“ und „Unterstützer“. Die Verwaltung sollte nicht alles allein machen und vielmehr das Netzwerk in einer Kommune fördern und Verbindungen schaffen. Die Expertise in der Zivilgesellschaft zu nutzen und für alle nutzbar zu machen, verschiedene Perspektiven aufzuzeigen und einzubinden, das ist für mich eine zentrale Aufgabe von Kommunen.

Von der Fairtrade-Town zur Fairtrade-Region

Seit 2011 ist Hofheim Fairtrade-Town und die Stadt mit ihren Bürgerinnen und Bürgern hat seit her gelernt, genauer hinter die Dinge zu schauen. Wo kommen etwa die Rosen her, die Jubilarinnen und Jubilare als Geschenk von der Stadtverwaltung erhalten oder die Kirchengemeinden als Altarschmuck nutzen? Es ist beeindruckend zu erkennen, wie viele Herausforderungen der Globalisierung sich in einem Blumenstrauß vereinen. Als ein zentraler Platz in Hofheim neu gepflastert werden sollte, hat die Verwaltung der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen, „gesiegelte Steine“, das heißt Steine, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit abgebaut werden, auszuschreiben. Diesem Vorschlag wurde gefolgt und entsprechend geplant und der Auftrag vergeben. Bei einer Sitzung des Schülerparlaments wurde ich einmal gefragt, was Hofheim konkret für den Schutz von Kinderrechten tue. Da erklärte ich, dass in Asien viele Kinder zum Teil unter katastrophalen Bedingungen in Steinbrüchen arbeiten

müssen und dass sich die Stadt daher für den Kauf von Steinen aus Steinbrüchen entschlossen hatte, die nachweislich Kinderarbeit ausschließen.

Heute engagiere ich mich mit dem 2019 gegründeten Verein Rhein.Main.Fair e.V. dafür, in der Metropolregion FrankfurtRheinMain den Fairen Handel, nachhaltige Beschaffung und Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern. Um die Auszeichnung als Fairtrade-Region zu erhalten, müssen zwei Drittel der Menschen in einer Fairtrade-Kommune leben, das sind in der Rhein-Main-Region etwa 3,3 Millionen Menschen! Die Anforderungen an die einzelnen Kommunen, um als Fairtrade-Town ausgezeichnet zu werden, sind aber zu schaffen, und ich freue mich, dass die Metropolregion Ende 2020 als Fairtrade-Region ausgezeichnet wurde.

Vom Fairen Handel zur nachhaltigen Entwicklung

Für Kommunen ist der Faire Handel ein guter Einstieg für ein weiteres Engagement für globale nachhaltige Entwicklung. Deshalb hat Rhein.Main.Fair e.V. gemeinsam mit Transfair e.V. für die Faire Woche 2020 eine Stadtrallye auf den Spuren der Nachhaltigkeit in der Metropolregion FrankfurtRheinMain entwickelt. Kommunalverwaltungen, Vereine, Schulen, Weltläden und viele andere nutzen die Rallye, um ihre Arbeit für die SDGs sichtbar zu machen und zu zeigen, dass in jeder Kommune die Zusammenhänge zwischen lokalem Handeln und globalen Veränderungen

und Anknüpfungspunkte an die SDGs sichtbar sind, von Bildung gegen Armut über Klimaschutz bis hin zur Gewinnung erneuerbarer Energien.

Potenziale für kommunale Partnerschaften noch lange nicht ausgeschöpft

Viele Kommunen nutzen ihre Städtepartnerschaften noch nicht, um sich über die Herausforderungen der Globalisierung auszutauschen und gemeinsam an Nachhaltigkeitsthemen zu arbeiten. Ich denke, dass der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel hierfür gute Anknüpfungspunkte bieten. Die zunehmende Hitze in den Städten und die Trockenheit, die in Deutschland aktuell der Natur und insbesondere dem Wald zusetzt, sind drängende Fragen, die uns weltweit bewegen.

Ein solcher Dialog ist auch wichtig, weil wir uns Bewegungen gegen eine globalisierte, offene und solidarische Welt wie „America First“ und ähnlichen nationalistischen Abschottungstendenzen europäischer Staaten noch deutlicher entgegenstellen müssen. Wir dürfen nicht wieder kleinstaatlich werden und unseren Horizont eng rund um den eigenen Kirchturm ziehen.

Als Botschafterin für kommunale Entwicklungspolitik werbe ich dafür, dass Kommunen gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern die globalen Auswirkungen des lokalen Handelns aufzeigen und entsprechend aktiv werden. Sozialverbände wie Diakonie oder Caritas stehen beispielsweise für soziale Gerechtigkeit, die Naturfreunde engagieren sich für nachhaltige Aufforstung und die Volkshochschulen stehen für Bildung für alle. Das sind alles zentrale Themen der SDGs – in Deutschland und im Globalen Süden.

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Mutig starten, denn es gibt keine Fehler, sondern nur Erfahrungen

„Kommunen haben allein durch ihre Expertise zur Daseinsvorsorge einen großen Wissensschatz, den sie mit Partnerinnen und Partnern im Globalen Süden teilen können. Da braucht es meist keine zusätzlichen teuren Beraterinnen oder Berater. Städte, Gemeinden und Landkreise können im Rahmen einer globalen Solidarität der Kommunen neue Brücken bauen. Dabei können sie viele Hilfestellungen zum Beispiel der SKEW nutzen. Und sie können keine Fehler machen, sondern nur neue Erfahrungen sammeln.“

Gisela Stang

AUCH EIN KLEINES DORF KANN GROSSE HEBELWIRKUNGEN HABEN

von Werner Schweizer, seit 2013 Bürgermeister der Gemeinde Klixbüll

Werner Schweizer
© privat



Klixbüll nahe der dänischen Grenze hat die SDGs und die Gemeinwohl-Ökonomie für sich entdeckt

Nachhaltigkeit hat schon immer das politische Denken in Klixbüll geprägt. Als die Vereinten Nationen 2015 die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) verabschiedeten, war ich tief berührt. Was für ein Erfolg, dass sich 190 Staaten über Weltanschauungen und nationale Interessen hinweg auf eine gemeinsame Agenda einigen konnten! In den folgenden Jahren kam die Agenda 2030 immer mehr in den

Kommunen an, so auch in Klixbüll, einem kleinen Dorf in Schleswig-Holstein nahe der dänischen Grenze. Im Dezember 2017 verabschiedete der Gemeinderat einstimmig eine Resolution zur Agenda 2030 und Klixbüll verpflichtete sich darin, seine Möglichkeiten zu nutzen, um „sich für nachhaltige Entwicklung konkret zu engagieren und eigene Maßnahmen nach innen und außen sichtbarer zu machen.“ Die Gemeinde will dies in einem breiten Bündnis gemeinsam mit den lokalen Initiativen und den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben.

Heute ist das SDG-Berührungsprinzip in der Gemeinde fest verankert. Das heißt, dass der Gemeinderat bei jedem Thema auf seiner Agenda schaut, welche Auswirkungen eine Entscheidung auf die Erreichung der SDGs haben könnte. Ein gutes Beispiel ist das Car-Sharing, das 9 der 17 SDGs berührt. Deutlicher kann man die Relevanz des Themas „Nachhaltige Mobilität“ nicht machen.

Ein neues Leitbild: Gemeinwohl-Ökonomie

Entscheidend ist allerdings, die SDGs operationalisierbar zu machen, und ich fragte mich nach der Verabschiedung der Resolution: An welchem Hebel können wir als Kommune am besten ansetzen? Dabei stieß ich auf die 2010 gegründete Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung, die ein ethisches Wirtschaftsmodell etablieren will und das Wohl von Mensch und Umwelt zum obersten Ziel des Wirtschaftens erklärt. Statt Gewinnmaximierung prägen Werte wie Gerechtigkeit, Menschenwürde, Nachhaltigkeit und Umweltschutz diesen ökonomischen Ansatz. Ich begriff sofort, dass er wie die SDGs genau in unsere Zeit passt. Die beiden Systeme passen hervorragend zusammen: Die SDGs setzen als Ziele einer Kommune den globalen Referenzrahmen. Und die Gemeinwohl-Ökonomie ist der ideale lokale Werterahmen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, denn ohne Werte werden auch keine Ziele erreicht.

Klixbüll und seine Nachbargemeinden Bordelum und Breklum haben sich der Idee der Gemeinwohl-Ökonomie verschrieben und erarbeiteten 2018 gemeinsam eine Gemeinwohl-Ökonomie-Bilanz. Dabei zeigte sich, dass die öffentliche Beschaffung ein sehr wirksamer Hebel sein kann, denn Bund, Länder und Kommunen vergeben jährlich Aufträge für Waren und Leistungen in Höhe von rund 350 Milliarden Euro. Und wir begriffen zudem, dass die Begegnung der Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Voraussetzung für Beteiligung und Vertrauen darstellt. So haben

wir einen neuen Haushaltstitel für Begegnungen eingeführt und mit dem DörpsCampus, einem Anbau an der Schule, ein neues kulturelles Zentrum geschaffen, das Schule, offene Ganztagschule, die Kita sowie Vereine und Einwohnerschaft als Ort des Lebens, Lernens und der Begegnung nutzen.

Die Drehbuchautorin Gabriele Kob und der Bildgestalter Hanno Hart haben einen Film über unseren Gemeinwohl-Ökonomie-Ansatz gedreht. „Hinterm Deich wird alles gut“ sollte eigentlich im Frühjahr 2020 in die Kinos kommen, nun gibt es ihn im Online-Streaming.

„Maßnahmen zum Klimaschutz“ ist das wichtigste SDG

Ich sehe die Energiewende als größte Herausforderung für die Welt. Nur so können wir dem Klimawandel Einhalt gebieten und SDG 13 zum Klimaschutz erreichen. Deutschland spielt hierbei als starke Industrienation eine Schlüsselrolle. Auch ein kleines Dorf wie Klixbüll kann seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Seit 2016 gibt es im Ort das Dörpsmobil, ein elektrobetriebenes Dorfgemeinschaftsauto. Aufgeladen wird es mit Strom aus Klixbüller Windmühlen. Das ländliche Car-Sharing-Modell hat inzwischen weite Kreise gezogen. Klixbüll hat die Idee und den Namen dem Land Schleswig-Holstein überlassen, das den Dörpsmobil-Ansatz in anderen ländlichen Gemeinden verbreiten will.

Ein solches Upscaling ist genau die richtige Hebelwirkung, die sich auch in vielen anderen Bereichen anwenden lässt. Denn wie kann ein Dorf zukunftsfähig sein, wenn in der Region nicht nachhaltig gehandelt wird? Wir haben deshalb größere Kommunen in der Region wie Niebüll und den Kreis Nordfriesland dafür gewinnen können, auch eine Resolution zur Umsetzung der Agenda 2030 zu verabschieden, und das Land Schleswig-Holstein hat 2019 eine Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung eingerichtet. Davon profitieren alle Kommunen, denn sie haben in der Regel nicht die Kapazitäten, solches Wissen vorzuhalten.

Innovative Zukunftspläne

Nachdem wir in Klixbüll bereits zwei Bürgerwindparks haben, gehen auch unsere aktuellen Projektideen in die Höhe: Klixbüll ist der erste Teststandort für Höhenwindkraftanlagen für Flughöhen über 400 Meter. Mithilfe von Lenkdrachen in 800 Metern Höhe soll Windenergie für die Stromproduktion erzeugt werden. Das Forschungsprojekt wird von der Bundesregierung gefördert. Weil die Stromgewinnung mit Segeln wenig Material benötigt, könnte dies besonders für Länder des Globalen Südens ein interessanter Ansatz sein. Von den Malediven haben wir sogar schon eine Anfrage erhalten. Zudem ist derzeit eine Machbarkeitsstudie in Arbeit, die die Nutzung von strombetriebenen Flugtaxis als innovatives Luftfahrtkonzept für nachhaltige, ökologische E-Mobilität über See in Schleswig-Holstein untersucht.

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Nicht überfordern und Hebelwirkungen suchen

„Kommunen müssen aufpassen, dass sie sich bei ihrem Bemühen, die Agenda 2030 lokal umzusetzen, nicht überfordern. Ein guter Schritt ist daher eine Auditierung, die übrigens auch die SKEW anbietet, und die aufzeigt, welche SDGs für eine Kommune besonders relevant sind. In Nordfriesland als strukturschwache Region ist etwa SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) sehr relevant. Bei uns in Klixbüll spielt hingegen SDG 2 (Kein Hunger) glücklicherweise keine Rolle.“

Werner Schweizer

1.000 SCHULEN FÜR UNSERE WELT

Interview mit Stefan Rößle, seit 2002 Landrat des Donau-Ries-Kreises

Stefan Rößle
© Gregor Wiebe



Herr Rößle, Sie engagieren sich mit großer Leidenschaft für bessere Bildungsmöglichkeiten in Afrika. Wie kam es dazu?

Die Initialzündung kam 2016, also zu einer Zeit, als viele Menschen vor dem Bürgerkrieg in Syrien und aus Afrika in Deutschland Zuflucht suchten. Ich begleitete damals einen Freund zu einem Vortrag von Reiner Meutsch, dem ehemaligen Geschäftsführer des Reiseveranstalters Berge & Meer und Gründer der Stiftung Fly & Help. Er berichtete, dass zum Beispiel in Afrika der Bau einer Schule etwa 50.000 Euro koste und er bereits fünf Millionen Euro für den Bau von 100 Schulen im Globalen Süden gesammelt habe. Zur selben Zeit diskutierten wir im Landkreis Donau-Ries ein Schul-

bauprojekt, das etwa 50 Millionen Euro kosten sollte und das den Ansprüchen vieler Leute nicht genügte.

Ich beschloss noch am Abend des Vortrags, meinen Sportwagen zu verkaufen und den Erlös für den Bau einer Schule in Afrika zu spenden. Das war ein großes Glücksgefühl!

Wie ging es dann weiter?

Auch deutsche Kommunen haben eine globale Verantwortung und ich fand, dass der Landkreis Donau-Ries hier mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Bildung ist eine zentrale Voraussetzung, damit Kinder und Jugendliche in ihrer Heimat eine Zukunft haben und die Situation dort verbessern. Und so beschlossen wir im Landkreis, bis 2020 Spenden für den Bau von zehn Schulen in Afrika zu sammeln. Diese Erwartungen wurden inzwischen weit übertroffen und es konnten allein in unserem Landkreis Donau-Ries schon 35 Schulprojekte über Spenden initiiert werden. Wichtig ist mir dabei, dass möglichst keine öffentlichen Mittel für den Bau von Schulen im Globalen Süden genutzt werden, sondern vorrangig Spenden von Unternehmen, Mitarbeitenden oder Privatpersonen. Auch Vereine engagieren

sich und Schulen veranstalten beispielsweise Spendenläufe. Manche Leute spenden fünf Euro, andere finanzieren direkt den Bau einer ganzen Schule, wie kürzlich ein ehemaliger Politiker, der mir sagte: „Ich hatte so viel Glück im Leben. Das möchte ich ein wenig teilen.“

Inzwischen gibt es sogar ein bundesweites Projekt mit dem Namen „1.000 Schulen für unsere Welt“?

Ja, ich konnte den Deutschen Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie den Deutschen Landkreistag dafür gewinnen, die Idee der Schulspenden nach dem Vorbild des Landkreises Donau-Ries bundesweit auszuweiten. Im November 2018 startete dann die Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“. Auch hier gilt: Die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger sammeln Spenden, die 1:1 in die Projekte fließen, und der Schulbau liegt in den Händen professioneller Partnerinnen und Partner mit viel entwicklungspolitischem Know-how.

Die Spenden sind ja nur der Anfang, wo und wie werden die Schulen dann gebaut?

Wir kooperieren mit Partnerinnen und Partnern, die viel Erfahrung haben. Besonders eng arbeiten wir mit der Stiftung Fly & Help zusammen, die bislang über 60 Schulen für die Initiative gebaut hat, aber auch mit anderen Institutionen wie dem katholischen Hilfswerk Missio oder der Deutsch-Mosambikanischen Gesellschaft. In manchen Kommunen gibt es zum Beispiel entwicklungs-

politische Vereine, die die Abwicklung des Schulbaus übernehmen. Bevor eine Schule gebaut wird, müssen einige Bedingungen erfüllt werden: So muss sich das jeweilige Land verpflichten, die Lehrkräfte zu stellen und sie zu bezahlen und die Kommune vor Ort muss das Grundstück zur Verfügung stellen und für den Unterhalt des Gebäudes aufkommen. Zudem muss eine Partnerorganisation vor Ort präsent sein. So wollen wir auch verhindern, dass die Gelder versickern. Nach fünf Jahren schauen wir übrigens, in welchem Zustand sich die Schulen befinden, schließlich soll die Verwendung der Spenden ja nachhaltig sein.

Welche Rolle spielen bei den Schulbauprojekten kommunale Partnerschaften?

Ich erlebe immer wieder, dass es für manche Kommunen schwierig ist, erst eine Partnerschaft zu gründen und dann konkrete Aktivitäten zu finden, mit denen sie Begeisterung für die Partnerschaftsarbeit wecken können. Unsere Idee ist, das Prinzip umzudrehen: Aus dem Schulbau können sich weitere Kontakte und Aktivitäten ergeben. Als ich zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Aalen etwa bei der Einweihung einer Schule in Mosambik war, sahen wir die großen Müllhalden dort. Die Stadt Aalen bot der Kommune an, dass die Abfallgesellschaft des Landkreises sie zum Abfallmanagement beraten könnte. In Burkina Faso könnte die Finanzierung einer Schule in eine Klimapartnerschaft mit unserem Landkreis münden.

Der Bau einer Schule an sich ist schon ein großer Erfolg. Wenn sich daraus noch mehr Kooperationsmöglichkeiten ergeben und sich Freundschaften entwickeln, umso besser!

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Spendensammeln für den Bau einer Schule: ein guter Einstieg in die kommunale Entwicklungspolitik

„Aus Spendengeldern den Bau einer Schule im Globalen Süden zu finanzieren, ist ein sehr guter Einstieg in die Entwicklungspolitik. In den deutschen Kommunen können sich die Menschen leicht mit einem solchen Projekt identifizieren, denn sie können das Ergebnis ihres Engagements schon nach kurzer Zeit sehen und stolz sagen: ‚Das haben wir geschafft.‘ Zudem zeigt ein solches Projekt, dass die Welt ihre Probleme nur gemeinsam bewältigen kann.“

Stefan Rößle

NACHHALTIGKEITSSTRATEGIEN: AUS VERANTWORTUNG GEGENÜBER DEN NACHKOMMEN

von Franz Meyer, von 2008 bis 2020 Landrat des Landkreises Passau, von 1990 bis 2008 Landtagsabgeordneter in Bayern und von 2003 bis 2007 Staatssekretär im bayerischen Finanzministerium



Franz Meyer
© Landkreis Passau

Passau ist einer der ersten deutschen Landkreise mit einer Nachhaltigkeitsstrategie

Nachhaltigkeit ist im äußersten Südosten Deutschlands schon lange ein Thema gewesen. Schon im Jahr 2000 richtete der Landkreis Passau im Landratsamt einen Fachbereich und eine Koordinationsstelle zunächst für Umweltberatung und 2011 dann auch für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien ein. Und seit 2001

ist der Landkreis Mitglied im Klimabündnis. Damals wie heute begreifen wir Nachhaltigkeit als konservativen Begriff, der ja ursprünglich aus der Land- und Forstwirtschaft kommt und für ein langfristiges Denken steht. So war und ist Nachhaltigkeit hier ein wichtiger Orientierungspunkt. Heute werden über 67 Prozent des Stromverbrauchs im Landkreis durch erneuerbare Energien abgedeckt, mehr als die Hälfte davon durch Photovoltaik – im deutschlandweiten Vergleich ist dieser Anteil überdurchschnittlich hoch. Bis 2030 will der Landkreis klimaneutral sein.

Vor der Strategie steht die Bestandsaufnahme

Den meisten Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis Passau ist seit Langem klar: Die Herausforderungen in Deutschland sind eng mit den Problemen einer nachhaltigen Entwicklung in Ländern des Globalen Südens verknüpft – nicht nur im

Hinblick darauf, die Ursachen für Flucht und Vertreibung zu reduzieren. Für den Landkreis Passau war es daher ein logischer Schritt, 2017 die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie im Kontext der Agenda 2030 zur Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu beschließen. Wir begannen, in einer Bestandsaufnahme zusammenzufassen, wer sich hier vor Ort entwicklungspolitisch engagiert. Dabei stellten wir fest, dass hier zwar viel passiert, viele Akteurinnen und Akteure aber nicht miteinander vernetzt sind. So gründeten wir als Basis für die Nachhaltigkeitsstrategie zunächst mehrere Gesprächskreise mit jeweils etwa 25 Personen aus Kirchen, Schulen, Unternehmen und Vereinen. Zudem nahmen engagierte Einzelpersonen mit unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten zu nachhaltiger Entwicklung an den Gesprächen teil. Auch in der Presse riefen wir zur Mitarbeit auf. Die Expertise all dieser Menschen floss im Rahmen eines dialogischen Prozesses im Netzwerk Nachhaltigkeit in die Strategie ein.

Ich denke, dies war für den Erfolg der Strategie entscheidend genauso wie die Einbindung der Zivilgesellschaft. Natürlich kann nicht immer alles Gewünschte umgesetzt werden und es braucht einen gesunden Mittelweg zwischen Ökologie und Ökonomie – immer mit einer realistischen Einschätzung des Machbaren.

Aktivitäten müssen vor Ort relevant sein

Die Strategie legte fest, dass sich der Landkreis Passau 6 der 17 SDGs besonders widmen wird: SDG 7 (Bezahlbare und saubere Energie), SDG 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden), SDG 12 (Nachhaltiger Konsum und Produktion), SDG 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz), SDG 15 (Leben an Land) und SDG 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele).

Ein Landkreis kann viel für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort tun und zwar dort, wo er auch tatsächlich Einfluss hat und ihm Gestaltungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Der Aktionsplan der Nachhaltigkeitsstrategie für den Landkreis Passau enthält über 50 solcher Aktivitäten zur konkreten Einflussnahme. Sie reichen von der CO₂-Einsparung durch die vermehrte Nutzung erneuerbarer Energien bis zu niederschwiligen Begegnungsmöglichkeiten zwischen Menschen aus dem Globalen Süden und Norden etwa bei interkulturellen Festen oder bei einem regelmäßigen fairen Frühstück.

Nachhaltigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Aber ein Landkreis muss auch von anderen und insbesondere von den Kommunen ein Engagement einfordern und dort ein Bewusstsein dafür wecken, sich selbst zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu verpflichten. Nur wenn alle Akteurinnen und Akteure auf kommunaler Ebene zusammenarbeiten, können die SDGs lokal

erreicht werden. Wichtig ist dabei, dass jedes noch so kleine Engagement als Teil der großen politischen Aufgabe für mehr Nachhaltigkeit betrachtet und entsprechend wertgeschätzt wird.

Kommunen haben bei all ihren Nachhaltigkeits-Aktivitäten den großen Vorteil, dass sie hierfür viele Unterstützungsangebote unter anderem der SKEW wahrnehmen und beispielsweise mit Fördergeldern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Koordinatorinnen und Koordinatoren für kommunale Entwicklungspolitik einstellen können. Sich für mehr Nachhaltigkeit zu engagieren, kostet anfangs Zeit und Energie und bindet Ressourcen. Langfristig zahlt es sich aber aus und wir kommen so unserer Verantwortung gegenüber unseren Nachkommen ein wenig mehr nach.

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Private Mittel für entwicklungspolitische Aktivitäten einwerben

„Kommunen sollten versuchen, private Geldgeber für Projekte im Globalen Süden zu mobilisieren. Im Landkreis Passau ist dies für ein Projekt im Rahmen der Initiative ‚1.000 Schulen für unsere Welt‘ gelungen. Ein Unternehmen verzichtete auf ein großes Feuerwerk aus Anlass seines Jubiläums und spendete stattdessen 33.000 Euro, mit denen eine ganze Schule in Uganda gebaut werden konnte. Außerdem kamen durch eine Vielzahl von Einzelspenden 17.000 Euro zusammen, mit denen der Bau einer weiteren Schule zum Teil finanziert werden konnte. Übrigens fließen keine Gelder des Landkreises in die Schulbau-Projekte.“

Franz Meyer

ES MUSS NICHT IMMER ETWAS GEBAUT WERDEN

von Frithjof Kühn, von 1999 bis 2014 Landrat des Rhein-Sieg-Kreises

Frithjof Kühn
© Rhein-Sieg-Kreis



Die kommunale Entwicklungspolitik sollte mehr in die Selbstorganisation der Partner im Globalen Süden investieren

Viele Kommunen haben in den vergangenen Jahren – oft mit Mitteln des BMZ – viel in die Infrastruktur ihrer Partnerkommunen im Globalen Süden investiert, zum Beispiel in Abwassersysteme oder Recyclinghöfe. Das war und ist ein großer Erfolg! Ich plädiere jedoch dafür, vermehrt auch an der politischen Ebene der Partnerländer anzusetzen. Nur auf der Basis transparenter Gesetze und verlässlicher staatlicher Strukturen können staatliche und private Akteurinnen und Akteure

aus dem In- und Ausland in eine nachhaltige Entwicklung investieren und kann ein Land langfristig Fortschritte erzielen. Dies gilt gleichermaßen etwa für deutsche Firmen, die mit dem Globalen Süden Handel treiben wollen, wie für lokale Landwirtinnen und Landwirte, die verlässliche Absatzmärkte für ihre Produkte benötigen.

Diesen Ansatz verfolgte der Rhein-Sieg-Kreis im Rahmen eines EU-Projekts in Kambodscha und unterstützte die Provinzen Siem Reap und Battambang unter anderem dabei, demokratische Verwaltungsstrukturen aufzubauen, eine neue Gemeindeordnung zu verfassen und dezentrale Bürgerbüros zu etablieren. Das hatte für die Bürgerinnen und Bürger des zentralistisch verwalteten Königreichs viele praktische Vorteile. Mussten sie früher etwa in die Hauptstadt Phnom Penh fahren, um ein Moped anzumelden, können sie das heute auch in den Provinzen erledigen. Es gelang zudem, bei den lokalen Verwaltungen der Korruption entgegenzuwirken und etwa in den Bürgerbüros Tafeln aufzuhängen, auf denen die Preise für die amtlichen Dienstleistungen öffentlich sichtbar sind.

Auch in anderen für die kommunale Entwicklungspolitik zentralen Bereichen wie der Bildung lässt sich ein solcher organisatorischer Ansatz umsetzen. Hier sind deutsche Kommunen häufig gefragte Ratgeberinnen, weil das deutsche duale Berufsbildungssystem international viel Anerkennung findet. Neben dem Bau von Schulen – den unter anderem die Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ beispielhaft fördert – sollte es also auch darum gehen, dauerhafte Strukturen zu etablieren, die für die Vermittlung von hochwertiger Bildung unverzichtbar sind. Entsprechendes gilt auch für das Gesundheitswesen, das in der kommunalen Entwicklungspolitik auch mehr Aufmerksamkeit bekommen sollte. Wenn deutsche Kommunen ihre Partnerinnen und Partner etwa dabei unterstützen, eine Krankenversicherung einzuführen, erzielen sie langfristige Wirkungen, ohne Millionenbeträge zu investieren. Allerdings sind solche Projekte meist komplexer und schwieriger umzusetzen als reine Infrastrukturmaßnahmen etwa zur Straßenbeleuchtung oder Abfallwirtschaft.

Ohne engagierte Mitarbeitende geht es nicht

Kommunen können entwicklungspolitisch nur etwas bewegen, wenn sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für eine globale nachhaltige Entwicklung engagieren und beispielsweise bereit sind, zu Partnerkommunen nach Afrika, Asien oder Lateinamerika zu reisen. Kommunale Fachkräfte verfügen nicht nur über eine vielfältige Expertise, die sie teilen können.

Ihr großer Vorteil ist, dass sie selbst aus der Praxis kommen und so auch schnell ein kollegiales Verhältnis zu den Partnerinnen und Partnern entstehen kann. Dabei ist eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe trotz des teilweisen Know-how-Gefälles eine unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg von gemeinsamen Projekten.

Natürlich können die deutschen Arbeitsweisen und Technologien nicht 1:1 in der Partnerkommune kopiert werden, sondern sie müssen an die örtlichen Verhältnisse angepasst werden. Dabei ist ein hohes Maß an Pragmatismus gefragt, denn in den Projekten geht es meist nicht um Perfektionismus. Alle Beteiligten müssen immer überlegen: Was ist wirklich notwendig und was ist machbar?

Stete Überzeugungsarbeit

Gegenseitige Besuche der Beteiligten sind für den fachlichen Austausch und Know-how-Transfer sehr wertvoll. Dennoch werden Reisen in den Globalen Süden von der Politik und Bürgerschaft oft kritisch beobachtet und stehen schnell unter dem Verdacht rein touristischen Vergnügens. Daher sollten Kommunalverwaltungen bei Reisen zu Partnerinnen und Partnern im Globalen Süden auch immer Mitglieder des Rats mitnehmen und dabei alle Fraktionen gleichermaßen berücksichtigen. So können sich die Abgeordneten selbst ein Bild von den Aktivitäten machen und sich von deren Nutzen überzeugen.

Das ist auch insofern wichtig, als Kommunen selbst bei Projekten, die finanziell zu 90 oder 100 Prozent gefördert werden, eigene Ressourcen für ihr entwicklungspolitisches Engagement aufwenden müssen, indem sie etwa Personal für diese Aufgaben freistellen. Je mehr die Ratsmitglieder über die entwicklungspolitischen Erfolge wissen, desto eher stimmen sie dafür, kommunale Mittel hierfür aufzuwenden.

Entwicklungszusammenarbeit ist ein politisches Ziel Deutschlands und damit ein staatlicher Auftrag. Obwohl sie für Kommunen nur eine freiwillige Aufgabe ist, sollten sich Gemeinden, Städte und Kreise heute mehr denn je dieser Verantwortung stellen. Begegnungen und die Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partnern aus dem Globalen Süden können für Bürgerinnen und Bürger sowie für Verantwortliche aus Politik und Verwaltung sehr bereichernd sein. Sie haben die Gelegenheit, über den Tellerrand zu schauen und ihren Horizont zu erweitern. Viele relativieren nach solchen Erfahrungen ihre Erwartungen an die deutsche Politik, weil unsere Probleme im Vergleich zur Lebenssituation in Ländern des Globalen Südens häufig nicht so bedrohlich erscheinen.

Natürlich müssen wir akzeptieren, dass es Kommunen gibt, die sich nicht entwicklungspolitisch engagieren möchten. Allerdings könnten unter anderem die Landesregierungen und die kommunalen Spitzenverbände deutlichere Zeichen setzen, dass sie ein solches Engagement unterstützen. Als Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik

versuche auch ich, in Gesprächen mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie mit Landrätinnen und Landräten für Kooperationen mit Kommunen im Globalen Süden zu werben. Schließlich dürfen wir nicht vergessen: Am Ende profitieren alle von kommunaler Entwicklungspolitik!

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Lokale Expertise deutscher Institutionen nutzen

„Deutsche Kommunen haben oft nicht viel Erfahrung in der Projektarbeit in Ländern des Globalen Südens. Daher ist es für sie sehr hilfreich, vor Ort Ansprechpersonen auch außerhalb der Partnerkommune zu haben, die mit der Kultur und den Arbeitsweisen im Land vertraut sind. Mögliche Ansprechpersonen sind unter anderem die deutschen politischen Stiftungen und andere vor Ort tätige Organisationen mit Kontakten zu politischen Entscheidungstragenden. Deren lokale Expertise kann eine sehr große Hilfe sein und maßgeblich zum Erfolg der Projekte beitragen.“

Frithjof Kühn

VERKNÜPFUNGEN ZU DEN SDGS HERZUSTELLEN, WIRD SCHNELL ZUM AUTOMATISMUS

Interview mit Dr. Angelika Kordfelder, von 2004 bis 2015 Bürgermeisterin
der Stadt Rheine



Dr. Angelika
Kordfelder
© Hermann Willers

Frau Kordfelder, was sind Ihre Erfahrungen mit kommunalen Partnerschaften?

Als ich 2004 als neue Bürgermeisterin nach Rheine kam, war ich erstaunt, dass eine relativ kleine Kommune mit etwa 80.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ein so lebendiges Interesse am Austausch mit Kommunen im Ausland hat. Aus der Verwaltung hörte ich, dass man sich von der neuen Bürgermeisterin wünsche, an den Städtepartnerschaften mit Leiria in Portugal, Borne in den Niederlanden und Trakai in Litauen

sowie mit Bernburg in Sachsen-Anhalt festzuhalten. Diese Bitte entsprach genau meinem Vorhaben, die internationalen Kontakte der Stadt Rheine zu intensivieren.

Diese Partnerschaften gestalteten wir möglichst lebendig mit einem regelmäßigen und engen Kontakt zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Das ist sehr wichtig, denn von Partnerschaften, bei denen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nur Wimpel und Gastgeschenke austauschen, halte ich nicht viel.

Ihr internationales Engagement betrifft nicht nur die Kommune selbst?

Genau, als überzeugte Europäerin engagiere ich mich in nationalen und internationalen Gremien, unter anderem im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), bei dem ich dem Ausschuss für kommunale Entwicklungspolitik angehöre. Aber auch im Europarat und im Ausschuss für Europafragen des Deutschen Städte- und Gemein-

debundes merke ich, dass das Thema nachhaltige Entwicklung vermehrt bei den dortigen Akteurinnen und Akteuren ankommt.

Das gilt auch für viele andere Bereiche, zum Beispiel das deutsche Bankenwesen. So macht etwa die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Geldinstitute auf Nachhaltigkeitsrisiken im Bankenwesen aufmerksam und Stiftungen werden bei der Anlage ihres Kapitals auf Nachhaltigkeitsfonds hingewiesen. Das sind hervorragende Anknüpfungspunkte für andere Nachhaltigkeitsthemen und der Schritt etwa zur nachhaltigen Beschaffung ist dann gar nicht mehr so weit.

Die kommunale Entwicklungspolitik umfasst ein breites Themenspektrum, vom Fairen Handel bis hin zu Migration und Entwicklung. Was ist „Ihr“ Thema in der kommunalen Entwicklungspolitik?

Als Botschafterin habe ich die Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 SDGs zu meinem Schwerpunkt gemacht. Über die SDG-Indikatoren sind Kommunen recht gut ansprechbar, weil in Deutschland ja die relevanten Daten für alle Landkreise sowie für Städte und Gemeinden ab 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zur Verfügung stehen.

Eine grundlegende Stärke der Agenda 2030 ist, dass sich die gesamte Weltgemeinschaft auf sie und die 17 SDGs geeinigt hat und dass sie weltweit verbindlich sind, also auch deutsche Kommunen zu ihrer Umsetzung beitragen müssen.

Die SDGs mit ihren 169 Unterzielen und Indikatoren geben den Kommunen gute Anregungen und vor allem können die Kommunen selbst ihren Umsetzungsstand kontrollieren.

In vielen Kommunen sind die SDGs noch weitgehend unbekannt und viele Verantwortliche tun sich schwer, sich auf das Thema einzulassen. Wie können die SDGs besser in den Alltag von Politik und Verwaltung integriert werden?

Je mehr Berührungspunkte es mit den SDGs gibt, desto leichter kann man Bezüge zu ihnen herstellen. Ich selbst bemerke immer häufiger bei Gremiensitzungen thematische Anknüpfungspunkte zu den SDGs und melde mich dann zu Wort. Diese Verknüpfung wird nach einiger Zeit zum Automatismus.

Kommunen sollten überlegen, welche SDGs für sie am wichtigsten sind. Ein solch sukzessives Vorgehen, das manche ja eher kritisch als SDG-Picking bezeichnen, kann eine wichtige Orientierung geben. Manche fühlen sich ja allein schon durch die Anzahl von 17 Zielen überfordert. Obwohl alle 17 Ziele für Kommunen relevant sind und alles mit allem in gewisser Weise zusammenhängt, haben manche Ziele für bestimmte Kommunen eine geringere Bedeutung. SDG 14 (Leben unter Wasser) ist für eine Stadt wie Rheine nicht relevant. Natürlich müssen alle Beteiligten aufpassen, dass sie bestimmte SDGs nicht vernachlässigen.

SDG 16 zu Frieden, Gerechtigkeit und starken Institutionen hat aus Ihrer Sicht eine besondere Bedeutung?

Ja, weil ich während meiner über 30 Jahre langen politischen Tätigkeit gelernt habe, wie wichtig es ist, dass Kommunen starke Verbündete haben. In Deutschland ist dies der Fall: Die Kommunen sind in starken Verbänden organisiert, unterstützen sich gegenseitig und können gemeinsam ihre Interessen vertreten. Bei den Verhandlungen über den EU-Corona-Fonds zeigte sich beispielsweise sehr deutlich, wie wichtig eine starke politische Position ist, um gerechte Lösungen zu finden und für Stabilität zu sorgen.

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Kommunalwahlen sind ein guter Startpunkt

„Der Beginn einer neuen Wahlperiode sowie der vorhergehende Wahlkampf sind gute Zeitpunkte, um mit Politikerinnen und Politikern über die kommunale Entwicklungspolitik ins Gespräch zu kommen. Die SDGs können eine gute Orientierung bieten, wenn die Politik Visionen für die Zukunft einer Kommune entwickelt. Auch die Einarbeitung neuer Ratsmitglieder sollte direkt eine Einführung in die Agenda 2030 beinhalten.“

Dr. Angelika Kordfelder

MAN WIRD REICHER, INDEM MAN GIBT

von Dr. Albrecht Schröter, von 2006 bis 2018 Oberbürgermeister der Stadt Jena

Dr. Albrecht Schröter
© privat



Kommunen sollten kleinen Haushaltstitel für kommunale Entwicklungspolitik einstellen

Es war eine ganz einfache Erkenntnis, die mich motivierte, als Oberbürgermeister von Jena in den Jahren 2006 bis 2018 die kommunale Entwicklungspolitik mit drei der zehn Partnerstädte Jenas engagiert voranzubringen – in Nicaragua, den Palästinensischen Gebieten und Rumänien: Den meisten Menschen in Deutschland geht es gut. Es gibt aber viele Menschen, insbesondere in den Ländern des Globalen Südens, denen es nicht so gut geht und die unsere Unterstützung benötigen.

Wir müssen uns mit ihnen solidarisch zeigen, denn wir können alle etwas tun, um das Leben dieser Menschen zu verbessern.

Oft muss eine Kommune nur die Rahmenbedingungen schaffen und dann sind es die Bürgerinnen und Bürger und die Zivilgesellschaft, die eine Partnerschaft lebendig halten. So war es auch oft in der Partnerschaft zwischen Jena und San Marcos in Nicaragua, bei der bislang insbesondere der Eine-Welt-Verein Jena, aber auch Einzelpersonen, weitere Vereine, Schulen und städtische Institutionen und städtische Unternehmen in über 15 Projekten unter anderem zu Klimaschutz, Gleichberechtigung der Geschlechter und Bildung arbeiteten.

Ein Investitionsfonds für Entwicklungspolitik

Zu den wichtigsten Rahmenbedingungen für kommunale Entwicklungspolitik gehört die finanzielle Förderung. Damit diese nicht für jedes kleine Projekt im Stadtrat beschlossen werden muss und möglicherweise anderen Prioritäten

zum Opfer fällt, wollte ich dem Beispiel der Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirche aus den 1980er-Jahren folgen und für Jena festlegen, dass 0,02 Prozent des jährlichen Haushalts für entwicklungspolitische Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden. Dies ist zwar ein geringer, aber durchaus wirksamer Anteil des städtischen Haushalts. Der Stadtrat beschloss Ende 2010 mit großer Mehrheit, 50.000 Euro zur Unterstützung „ärmerer“ Partnerstädte als entwicklungspolitischen Investitionsfonds in den Haushalt einzustellen. So kann Jena heute relativ einfach den erforderlichen Eigenanteil für entwicklungspolitische Projekte, die zum Beispiel von Engagement Global gefördert werden, bereitstellen. Aus dem Fonds wurde unter anderem der Eigenanteil der Stadt an einem Projekt zur Förderung des Tourismus in Beit Jala in den Palästinensischen Gebieten finanziert. Dresden hat übrigens dieses Jenaer Modell übernommen. Fortan werden 0,01 Prozent des jährlichen Budgets, also etwa 175.000 Euro, insbesondere für die Partnerschaft mit Kongo-Brazzaville eingesetzt.

Als Botschafter zum Engagement ermutigen

Als ehrenamtlicher Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik berate ich deutsche Kommunen zu ihrem Engagement für nachhaltige Entwicklung und teile mit ihnen meine Erfahrungen – von Dresden über den Burgenlandkreis bis

nach Bochum, wobei ich hauptsächlich in Mitteldeutschland aktiv bin, weil ich dort am besten vernetzt bin. Dabei geht es um strategische Fragen sowie um praktische Tipps, wie etwa um das Einwerben eines Transportkostenzuschusses für eine Hilfsgüterlieferung in eine Partnerkommune im Globalen Süden.

Wie in vielen politischen Rollen sehe ich meine Aufgabe hier in erster Linie als Ermutiger. Ich möchte die kommunalen Entscheidungstragenden ermutigen, ihren Blick über die eigene Kommune, den Landkreis oder das Bundesland zu weiten, denn wer mehr als die eigene Wirklichkeit erlebt hat, kann diese auch mit anderen Augen betrachten.

Ein beeindruckendes Projekt war die Etablierung eines Radiosenders in San Marcos. Dafür kooperierte Jena mit den beiden anderen Partnerstädten von San Marcos, Helmond in den Niederlanden und Biel in der Schweiz. In der nicaraguansichen Stadt gab es zuvor keinen Radiosender, obwohl das Radio hier mit die wichtigste Quelle für Information und Bildung ist. Viele ärmere Menschen haben keinen Zugang zu Zeitungen, Fernsehen und Internet und die Zahl der Analphabeten ist hoch. Heute trägt sich der Sender übrigens durch Werbeeinnahmen und durch einen lokalen Trägerverein selbst.

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Einfach mitnehmen lassen!

„Politik und Verwaltung großer und kleiner Kommunen sollten sich einfach mal mitnehmen lassen – und das im wahrsten Sinne des Wortes. Viele Kommunen im Globalen Süden suchen eine Partnerkommune und bei einer Sondierungsreise können die Stadträtinnen und -räte die potenziellen Partnerinnen und Partner, Land und Leute kennenlernen und sich über mögliche Kooperationsfelder austauschen. Dasselbe gilt für Reisen für interessierte Bürgerinnen und Bürger.“

Dr. Albrecht Schröter

ES GIBT KEINE BLAUPAUSE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

von Hans-Jürgen Kütbach, von 2001 bis 2019 Bürgermeister von Bad Bramstedt

38

Hans-Jürgen Kütbach
© privat



Fairtrade und nachhaltiger Tourismus sind für ländliche Regionen ein guter Einstieg ins Thema Nachhaltigkeit

Weltweit, national, regional und lokal gibt es inzwischen unzählige Akteurinnen und Akteure, Programme und Initiativen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen. Für Kommunen ist es oft schwierig, sich nur in der eigenen Stadt oder Gemeinde hier einen Überblick zu verschaffen. Daher wird es immer wichtiger, dass sich Kommunen in Netzwerken austauschen und Institutionen wie die SKEW und der Rat für nach-

haltige Entwicklung Informationen bündeln und Kommunen beraten und unterstützen. Diese Netzwerke müssen aber noch sichtbarer werden.

In Schleswig-Holstein engagieren sich bereits viele zivilgesellschaftliche Institutionen in Ländern des Globalen Südens und dabei insbesondere die evangelische Kirche mit ihren Weltläden und Partnerschaften in Afrika südlich der Sahara und in Indien. Hieraus ergeben sich für Politik und Verwaltung häufig Kontakte, die zu gemeinsamen Projekten oder Partnerschaften führen können. Viele größere Städte in Schleswig-Holstein wie Neumünster, Lübeck oder Kiel pflegen auch selbst Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden.

Fairtrade braucht die richtige Strategie

Im Jahr 2015 beschloss die Stadtverordnetenversammlung von Bad Bramstedt, dass die Stadt Fairtrade-Town werden soll. Als Bürgermeister erhielt ich damit den Auftrag, dies in die Wege zu leiten. Ich ging wie bei anderen typischen Be-

schlüssen vor und rief einen fraktionsübergreifenden Arbeitskreis zusammen. Das war ein grundlegender Denkfehler, denn um Fairtrade-Stadt zu werden, braucht es zwingend die Mitwirkung der gesamten Bürgergesellschaft. So gründeten wir in einem zweiten Anlauf eine Steuerungsgruppe mit Mitgliedern aus der Politik, aus Vereinen und mit engagierten Privatpersonen. Zudem konnten wir die lokale Wirtschaft, Schulen, den Einzelhandel und die Gastronomie überzeugen mitzumachen.

Im Januar 2018 erhielt Bad Bramstedt die Urkunde als Fairtrade-Town. Sie ist eine große Auszeichnung, aber der Fairtrade-Gedanke ist bislang nur teilweise in der Bürgerschaft angekommen. Es braucht noch mehr Überzeugungsarbeit, bis er zum Selbstverständnis wird und über die Bereitstellung von bestimmten Verkaufsflächen in Supermärkten für fair hergestellte und gehandelte Produkte hinausgeht. Aber es ist auch unübersehbar, dass sich die Menschen immer mehr Gedanken darüber machen, wo und wie ihre Lebensmittel oder Kleidung hergestellt werden.

Insbesondere für kleinere Kommunen ist es schwierig, die Anforderungen für die Anerkennung als Fairtrade-Town zu erfüllen. Hier könnten sich verstärkt die Landkreise engagieren und die Kommunen in ihre Aktivitäten einbinden, denn auch Landkreise können sich als Fairtrade-Town bewerben. Übrigens gibt es auch Fairtrade-Gemeinden, das können schon Dörfer mit weniger als 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sein. Landkreise können auch die Aktivitäten von

Schulen mit aufgreifen, die sich für Fairen Handel engagieren, deren Kommunen aber nicht mitziehen können oder wollen.

Fairtrade versus „Buy local“?

In einer ländlich geprägten Region wie Schleswig-Holstein wollen viele Menschen heimische Produkte kaufen und immer wieder kommt die Frage auf: Steht dies im Gegensatz zu Fairtrade? Schließlich ist es ja ein Wesensbestandteil unseres Wirtschaftssystems, dass die Waren in Ländern des Globalen Südens für den deutschen Markt hergestellt werden, weil eine Massenproduktion in Deutschland zu teuer wäre. Das gilt auch für Lebensmittel wie Fisch aus Aquakulturen.

Diese beiden Strömungen müssen aber keine Gegensätze sein. Sie können sich gut ergänzen. Beispielsweise bedeutet dies, die heimische Landwirtschaft beim Kauf von Obst und Gemüse zu unterstützen und lange Transportwege zu vermeiden und bei der Beschaffung von Dienstkleidung auf faire Arbeitsbedingungen in den Kleiderfabriken in Pakistan oder Bangladesch hinzuwirken.

Nachhaltiger Tourismus

Wer an Tourismus in Schleswig-Holstein denkt, der oder dem fallen meist direkt die Nord- und Ostsee ein. Doch dazwischen liegen wunderschöne Auen, Wälder und Wiesen. Während der Tourismus an den Küsten an seine Kapazitäts-

40

grenzen stößt, versteht sich das Binnenland mit seinen vielen Wander- und Radwegen und Bauernhöfen als nachhaltige Urlaubsregion. Der Kurort Bad Bramstedt will seinen Gästen die gesundheitsfördernde Wirkung der grünen Umgebung erfahrbar machen.

Im Rahmen des LEADER-Programms der Europäischen Union, das innovative Entwicklungen für den ländlichen Raum unterstützt, fördert die AktivRegion Holsteiner Auenland auf der Basis ihrer integrierten Entwicklungsstrategie Projekte unter anderem zu Land- und Naturerlebnissen, Nachhaltigkeit, Gemeinschaft und Bildung.

So setzt Bad Bramstedt sehr unterschiedliche Akzente für eine nachhaltige Entwicklung in der eigenen Region und im Globalen Süden. Das Wichtigste dabei: Alle drei Schwerpunkte passen gut zur Stadt und zur Region. So kann nachhaltige Entwicklung lebendig werden!

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Der große Schatz des bürgerschaftlichen Engagements

„Fast jede Kommune verfügt über einen unendlichen Reichtum an ehrenamtlichem Engagement für zahlreiche Nachhaltigkeitsthemen. Viele dieser Initiativen bleiben unerkannt und manche ehrenamtlich Aktiven haben den Eindruck, die Politik und Verwaltung interessieren sich sowieso nicht für sie. Ich möchte Kommunen ermutigen, diesen Reichtum aufzuspüren, die aktiven Akteurinnen und Akteure zu unterstützen und sie miteinander zu vernetzen.“

Hans-Jürgen Kütbach

KOMMUNALE FREUNDSCHAFT GELINGT AUCH ÜBER 8.000 KILOMETER HINWEG

von Peter Ilk, von 1993 bis 2002 ehrenamtlicher, seit 2002 hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Baruth/Mark



Peter Ilk
© privat

Baruth/Mark ist zu Hause und in der Mongolei entwicklungspolitisch sehr aktiv. Dass die Stadt nur 4.500 Einwohnerinnen und Einwohner hat, spielt dabei keine Rolle

Murun liegt mitten in der mongolischen Steppe, etwa 850 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Ulan Bator, die Stadt Baruth/Mark nur 80 Kilometer südlich von Berlin in Brandenburg. Es ist einem Zufall zu verdanken, dass sich unsere beiden Städte angefreundet und schließlich vor zehn Jahren eine offizielle Partnerschaft begründet

haben: Im Jahr 2011 besuchte der damalige Bürgermeister von Murun, Khaltar Byamba, die archäologischen Ausgrabungen im Alten Schloss bei uns in Baruth/Mark. Wir fanden damals schnell Gemeinsamkeiten und entwickelten erste Ideen für eine mögliche Zusammenarbeit. Beide Kommunen liegen im ländlichen Raum, die Holz- und Wasserindustrie spielen eine wichtige Rolle.

Viele Entwicklungsschritte, die für Murun aktuell anstehen, haben wir in Baruth/Mark nach der deutschen Wiedervereinigung bewältigt. Das gilt besonders für die technische Infrastruktur der Trinkwasserversorgung und für das Abwassermanagement, aber beispielsweise auch für die Straßenbeleuchtung und Verkehrsinfrastruktur. So teilen wir diese Erfahrungen mit den Partnerinnen und Partnern in Murun und unsere Fachleute in Baruth/Mark berechneten kürzlich beispielsweise die Kapazitäten des Rohrnetzes in Murun als wichtigen Faktor unter anderem für die Erschließung neuer Wohngebiete.

Projekte „Unser Wasser“ und „Unser Holz“

Auch beim gemeinsamen Projekt „Unser Wasser“ ging es in erster Linie darum, das in Baruth/Mark vorhandene Wissen in Murun nutzbar zu machen. Unsere Wasserfachleute widmeten sich zunächst ganz grundlegenden Fragen wie „Warum braucht Murun Wasser in Trinkwasserqualität“ oder „Wie kann das Hauswasser gereinigt werden, anstatt es versickern zu lassen?“ Wir wollten bewusst nicht direkt große Infrastruktur-Anlagen bauen, die später nicht gewartet werden können. Wir in Baruth/Mark wollten unsere Freundinnen und Freunde in Murun zunächst bei ihrem Umdenken zu mehr Nachhaltigkeit begleiten und fachlich unterstützen.

Die Zusammenarbeit mit Murun basiert auf zwei zentralen Prämissen: Bei allen Projekten in Murun muss die Initiative von dort ausgehen und die Maßnahmen müssen zu den dortigen Gegebenheiten passen. So macht es etwa keinen Sinn, Abwasserlösungen für die gesamte Stadt mit ihren 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu planen, denn erstens wohnen viele Menschen dort noch in Jurten und zweitens wären die Kosten für ein solches Projekt viel zu hoch. Vielmehr können wir dabei helfen, dezentrale Lösungen zu erarbeiten, zum Beispiel Kleinkläranlagen für jeweils einige Haushalte.

Kommunale Entwicklungspolitik stärken

Damit die deutsche Entwicklungspolitik noch größere Wirkungen erzielen kann, sollte sie einen stärkeren Fokus auf die kommunale Ebene legen, denn in den Kommunen werden viele zentrale und zukunftsrelevante Politiken umgesetzt. Zu häufig verzahnen aber die deutschen entwicklungspolitischen Institutionen, die zivilgesellschaftlichen Entwicklungsorganisationen sowie die deutschen kommunalen Akteurinnen und Akteure ihre Aktivitäten nicht ausreichend, sondern arbeiten oft parallel nebeneinanderher. Sie alle sollten ihre Ressourcen stärker bündeln und damit sinnvoller nutzen. Zudem wünsche ich mir, dass die deutsche Entwicklungspolitik weniger projektbezogen arbeitet. Die Laufzeit von Projekten ist mit zwei bis drei Jahren sehr kurz. Ich würde daher stark für längerfristige Ansätze plädieren.

Nachhaltigkeit beginnt zu Hause

Aus der Zusammenarbeit mit Murun haben wir in Baruth/Mark auch einiges für uns gelernt: Wir müssen auch die Bevölkerung hier für die Notwendigkeit sensibilisieren, sich für eine nachhaltige Zukunft stark zu machen. Und wir dürfen nicht nur reden, sondern müssen alle handeln. Die Gemeindeverwaltung sollte dabei mit gutem Beispiel vorangehen und dann die Bürgerinnen und Bürger mitziehen. Nachhaltiges Handeln beginnt im Kleinen. Bei Festen im Kindergarten

oder bei der Feuerwehr wurden bis vor Kurzem immer Einweg-Plastikbecher verwendet. Was für eine Verschwendung und unnötige Umweltbelastung! Deshalb hat die Verwaltung 2.000 Mehrwegbecher gekauft, die mit den 17 SDGs bedruckt sind und die alle Vereine, Institutionen und Einrichtungen ausleihen können. Die städtischen Agrarflächen werden mit der Auflage verpachtet, dass dort keine Gentechnik verwendet wird. Und wir haben vor einigen Jahren begonnen, Bürgerdialoge zu veranstalten, bei denen sich die Gemeinde zu zentralen Gegenwarts- und Zukunftsthemen austauschen kann.

Es braucht noch mehr Engagement

Ich meine, dass sich noch viel mehr deutsche Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung hier vor Ort und im Globalen Süden engagieren müssen. Und ich weiß, wie schwierig es ist, damit zu beginnen, denn wo soll man anfangen? Deshalb veranstalten wir in Baruth/Mark seit 2015 mit Unterstützung der SKEW die jährlichen Baruther Schlossgespräche. Dazu laden wir Kommunen aus ganz Brandenburg ein und diskutieren gemeinsam Ideen für ein kommunales developmentspolitisches Engagement und tauschen Erfahrungen aus. Ich würde mir wünschen, dass sich in Zukunft die kommunalen Spitzenverbände stärker für die kommunale Entwicklungspolitik einsetzen.

Wenn die 17 SDGs bis 2030 in deutschen Kommunen Wirklichkeit werden sollen, dann muss die kommunale Nachhaltigkeitspolitik zur Pflichtaufgabe für Kommunen werden. Als freiwillige Aufgabe erhält sie zu wenig Beachtung, insbesondere wenn es um die Verteilung öffentlicher Mittel geht. Wenn sie allerdings in der Landesverfassung festgeschrieben ist, dann haben die Kommunen auch einen Anspruch auf finanzielle Förderung von Bund und Ländern. Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik dürfen keine zufälligen Produkte mehr sein, nur weil eine Bürgermeisterin oder ein Stadtrat die Zeichen der Zeit erkannt hat!

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Wahre Partnerschaft

„In erster Linie geht es bei kommunalen Beziehungen mit Kommunen im Globalen Süden nicht um öffentlichkeitswirksame Infrastrukturprojekte, sondern zunächst um Partnerschaft im eigentlichen Sinne. Wer sich gut kennt und vertraut, kann ganz andere Wirkungen erzielen. Wer nicht wirklich befreundet sein will, muss auch keinen Freundschaftsvertrag unterschreiben.“

Peter Ilk

NACHHALTIGE ENERGIEERZEUGUNG – IMMER AN DEN STANDORT ANGEPASST

von Dr. Norbert Kruschwitz, von 1996 bis 2016 Geschäftsführer der Elektrizitätswerke Tegerensee

44

Dr. Norbert Kruschwitz
© Mayer Gmund



Kommunale Unternehmen wie Stadtwerke verfügen über viel Expertise, die sie mit Partnerinnen und Partnern im Globalen Süden teilen können

Eine wichtige Säule nachhaltiger Entwicklung ist, saubere und bezahlbare Energie zu produzieren, diese verlässlich zur Verfügung zu stellen und sparsam und verantwortungsvoll zu nutzen. Je nach Standort kann das sehr unterschiedliche Dinge bedeuten. Im Sommer 2020 sollte ich das Energieministerium der Mongolei zur Verbesserung der dortigen Stromnetze beraten. Diese wachsen sehr schnell, haben aber diverse Schwachstellen, wodurch die Stromversorgung

nicht verlässlich ist. Aufgrund der COVID-19-Pandemie konnte die Reise nach Ulan Bator leider nicht stattfinden. 2018 war ich für den Senior Expert Service in Kirgisistan, wo ein großes Wasserkraftwerk gebaut werden sollte, und ich begleitete ein Projekt der Technischen Universität München, die ein Kleinwasserkraftwerk entwickelt hat, das mit sehr einfachen Mitteln in Ländern wie Nepal oder Afghanistan gebaut werden kann. Somit bin ich ein Botschafter für nachhaltige Energie im Rahmen ganz konkreter Projekte.

Kommunale Unternehmen: Nachhaltigkeit ist immer ein Thema

Die Stadtwerke in Deutschland versorgen die Bevölkerung mit Strom, Gas und/oder Wasser und sind oft auch für den öffentlichen Personennahverkehr zuständig. Nachhaltigkeit ist für sie daher ständig ein Thema. Inwieweit sie sich in diesen Bereichen für eine nachhaltige Entwicklung engagieren, hängt in großem Maße von der Bereitschaft der Unternehmensführung sowie der Mitarbeitenden ab, Nachhaltigkeit bei diesen Themen immer mitzudenken.

Immer mehr kommunale Unternehmen unterstützen Partnerinnen und Partner im Globalen Süden. Sie tun dies nicht, weil es zu ihren Kernaufgaben gehört oder weil sie sich damit in der deutschen Öffentlichkeit besonders profilieren möchten, sondern weil sie sich für eine fraglos gute Sache engagieren wollen, für eine nachhaltige Entwicklung und damit für bessere Lebensbedingungen der Menschen im Globalen Süden.

Passende Energiequellen im Globalen Süden

In Ländern, in denen viel die Sonne scheint, ist Photovoltaik eine sehr zukunftsweisende Perspektive. Der bauliche Aufwand ist vergleichsweise gering, um die Solar-Paneele auf ein Dach zu montieren. Ein weiterer Vorteil ist, dass Photovoltaik-Anlagen kaum gewartet werden müssen. Dennoch sind die Investitionen für Dörfer etwa in Subsahara Afrika immer noch sehr hoch.

Die Nutzung von Windkraft ist dagegen viel aufwändiger. Es braucht große Kräne und die Masten müssen erst einmal mit großen Lastwagen zu ihrem Standort transportiert werden. Sie müssen zudem aufwändig einbetoniert werden und die Verteileranlagen benötigen eine recht intensive Wartung. In Afrika südlich der Sahara gibt es

daher vergleichsweise wenige Standorte, wo ausreichend Wind weht und gleichzeitig die verkehrstechnische Erschließung mit Straßen gewährleistet ist.

Man muss also immer ganz genau schauen, welche Art der Energiegewinnung wo geeignet ist und wo nicht.

Mein Rat an entwicklungspolitisch interessierte Kommunen

Zu Lösungen beraten, die an den lokalen Kontext angepasst sind

„In vielen Ländern des Globalen Südens sind kleinräumige Lösungen für die Stromversorgung sehr gut geeignet, zum Beispiel die Stromversorgung kleiner Dörfer mit Photovoltaik-Anlagen. Deutsche kommunale Unternehmen können dabei viel unterstützen, denn hier können sie mit überschaubarem Einsatz viel bewegen. Dabei ist es wichtig, nicht in zu großen Dimensionen zu denken, sondern zu schauen, wo welche Lösungen am sinnvollsten sind.“

Dr. Norbert Kruschwitz

JEDE KOMMUNE BENÖTIGT EINE INTERNATIONALISIERUNGSSTRATEGIE

von Prof. Dr. Gerd Schwandner, von 2006 bis 2014 Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg

46

Prof. Dr. Gerd Schwandner ©
privat



Städte, Gemeinden und Landkreise dürfen sich einem internationalen Engagement nicht verschließen

Moderne deutsche Kommunen kommen heute nicht mehr ohne eine Internationalisierungsstrategie aus. Internationales Engagement unterstützt Firmen vor Ort, bereichert das kulturelle Leben und nimmt vielen Menschen die Angst vor dem Fremden. Es hilft zudem jungen Menschen, eine globale Sichtweise zu entwickeln und unterstützt die Menschen in den Partnerkommunen. Wenn sich Kommunen internationaler ausrichten wollen, müssen sie meist nicht bei null beginnen,

sondern können etwa die oft regen Beziehungen von lokalen Unternehmen oder Hochschulen und Forschungseinrichtungen ins Ausland nutzen. Wenn deren Mitarbeitende regelmäßig Kontakt zu Kundschaft oder Partnerinnen und Partnern in anderen Ländern haben, ist die Bevölkerung auch insgesamt für eine globale Ausrichtung der Kommune offener.

Schwerpunkt: China

Oldenburg startete 2007 eine „China-Initiative“ – die Stadt wollte partnerschaftliche Verbindungen mit einer chinesischen Stadt aufbauen. Warum China? Das 21. Jahrhundert wird ein asiatisches Jahrhundert sein. Seit über 20 Jahren ist Asien der weltweit dynamischste Kontinent. Dem wollte Oldenburg Rechnung tragen. Gemeinsam mit der niederländischen Partnerstadt Groningen arbeitete Oldenburg mit der chinesischen Stadt Xi'an zu verschiedenen Themen zusammen – vom Austauschprojekt zweier Schulen bis hin zur Teilnahme Oldenburgs an der Internationalen Gartenausstellung Xi'an Horticultural Expo im Jahr 2011 und einer Horst-Janssen-Ausstellung im

Xi'an Museum 2014. Es war ein großer Vorteil, zusammen mit Groningen in China als „europäisches Doppel“ aufzutreten. Das glich zumindest ansatzweise die unterschiedliche Größe der Städte aus, denn Xi'an hat etwa zwölf Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Zehn Jahre nach Beginn der China-Initiative wurde die Städtepartnerschaft zwischen Oldenburg und Xi'an 2017 offiziell besiegelt.

Entwicklungspolitisches Engagement in Südafrika

Was sah die Internationalisierungsstrategie von Oldenburg aber für das entwicklungspolitische Engagement der Stadt vor? Hier kam die projektbezogene Partnerschaft mit East London (Buffalo City Metropolitan Municipality) ins Spiel, mit der Oldenburg 2011 in die kommunale Entwicklungspolitik einstieg. Gemeinsam arbeiteten die beiden Kommunen zum Klimaschutz, zu Energie und Ausbildung.

Dies war ein notwendiger Schritt, denn deutsche Kommunen sollten sich noch viel mehr in Subsahara-Afrika engagieren. Allein aufgrund der Kolonialgeschichte stehen europäische Staaten dort noch immer in der Pflicht. Zudem ist Afrika sehr nah an Europa und sollte uns allein schon deswegen mehr interessieren.

Wo aber sollte eine Kommune aktiv werden? Hier können die Landesregierungen und kommunalen Spitzenverbände eine wichtige Rolle übernehmen und das Engagement der Kommunen im Land

hinsichtlich der geografischen Verteilung koordinieren. Niedersachsen ist schon lange mit der südafrikanischen Provinz Eastern Cape verbunden. Da war es ein nur logischer Schritt, dass Oldenburg mit East London als Teil der Provinzhauptstadt zusammenarbeitet.

Kommunen sind nah dran an den praktischen Problemen der Daseinsvorsorge

Die entwicklungspolitische Stärke von Kommunen ist, dass für eine nachhaltige Entwicklung oft auf kommunaler Ebene gehandelt werden muss; hier hilft bloßes Reden nicht weiter. Beim Abfallmanagement geht es ganz konkret etwa darum, wie man die Müllabfuhr organisiert: Welche Fahrzeuge eignen sich für eine bestimmte Kommune am besten? Wie soll eine Müllverbrennungsanlage konkret aussehen? Die Antworten auf solche Fragen wissen in der Regel die Mitarbeitenden der Kommunen und kommunalen Unternehmen am besten, auf Landes- oder Bundesebene ist solches Wissen nicht so breit verfügbar.

Zudem haben Kommunen den großen Vorteil, dass sie bei ihrer internationalen Arbeit die große Politik außen vor lassen können. Spannungen zwischen Nationalregierungen spielen kaum eine Rolle, wenn sich zwei Kommunen um die praktische Lösung von Problemen der lokalen Energieeffizienz bemühen.

Es fehlt nicht an Geld, sondern an Bewusstsein

Einige Kommunen führen finanzielle Argumente dagegen an, sich developmentpolitisch zu engagieren. Solche Argumente können wir aber nicht gelten lassen, denn es gibt keine Kommune, die nicht zumindest kleine Beträge übrig hat, die sie in developmentpolitische Aktivitäten investieren kann. Das muss nicht im Globalen Süden sein; auch in der Kommune selbst gibt es viele Möglichkeiten! Oldenburg veranstaltete zum Beispiel einen Africa Cup, bei dem Fußballmannschaften von afrikanischen Migrantinnen und Migranten gegeneinander antraten und damit der afrikanischen Community in der Stadt mehr Sichtbarkeit verschafften. Sie konnten so dem Trend entgegenwirken, Afrika primär als Quellkontinent für Flüchtlinge wahrzunehmen.

Ich sehe bei vielen deutschen Kommunen zusätzlich noch ein Mentalitätsproblem hinsichtlich eines internationalen Engagements. Dies ist erstaunlich, denn die Welt ist schon längst bei uns angekommen! Viel hängt auch vom persönlichen Hintergrund der Schlüsselakteurinnen und -akteure ab. Wer schon viel von der Welt gesehen hat, erkennt leichter die Notwendigkeit eines internationalen Engagements von Kommunen.

Mein Rat an developmentpolitisch interessierte Kommunen

Anknüpfungspunkte von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft nutzen und klare Zielvorgaben definieren

„Viele Schulen, Hochschulen, Firmen, Kirchengemeinden und Vereine verfügen über Kontakte im Ausland. Möchte sich eine Kommune mehr international engagieren, sollte sie auf diese Kontakte zurückgreifen. Sie muss aber auch klar definieren, was das Ziel der internationalen Kooperation sein soll. Will sie ihren Beitrag zur Erreichung der 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung leisten, die Bürgerinnen und Bürger für die globalen Probleme des 21. Jahrhunderts sensibilisieren oder vielleicht die Internationalisierung der lokalen Wirtschaft vorantreiben?“

Prof. Dr. Gerd Schwandner

FÖRDERER UND KOOPERATIONSPARTNER – DIE BETEILIGUNGSSTRUKTUR DER SKEW

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global gGmbH wird finanziell gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Durch unsere Gremien Programmbeirat und Programmkommission beteiligen wir unsere Förderer und Kooperationspartner an der Fortentwicklung unserer Angebote.

Einzelne Projekte werden zudem beispielsweise durch das Auswärtige Amt und das Land Berlin gefördert oder in Kooperation mit Partnern wie der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE) durchgeführt.

Programmkommission



Programmbeirat



Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung